

# Petition für Volksentscheide

Von Julia Frese

**Bremen. Die Organisationen „Mehr Demokratie“ und „Omnibus für Direkte Demokratie“ fordern, dass die Möglichkeit zu Volksabstimmungen künftig auch auf Bundesebene besteht. Dazu werden die Vereine am Dienstag in Berlin eine Petition mit 104644 Unterschriften an SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles überreichen. Bremer Politiker haben unterschiedliche Positionen zu diesem Thema.**



Die 104644 Unterschriften haben die Mitglieder der Organisationen „Mehr Demokratie“ und „Omnibus für Direkte Demokratie“ in einem Jahr deutschlandweit zusammengetragen. „Auf Länderebene gibt es die Volksgesetzgebung ja teilweise schon, auf Bundesebene leider noch nicht“, sagt Tim Weber, Landesgeschäftsführer des Vereins „Mehr Demokratie“ in Bremen. Die SPD hatte im Juni bereits zwei Gesetzesentwürfe zum Thema direkte Demokratie im Parlament vorgestellt. Die Partei solle nun die günstige Gelegenheit nutzen und das Recht auf Volksabstimmungen im Koalitionsvertrag mit der CDU/CSU unterbringen, sagt Weber.

Der Bremer SPD-Bundestagsabgeordnete Carsten Sieling begrüßt das Engagement. „Wir brauchen mehr Mitwirkungsrechte der Menschen bei der politischen Willensbildung – auch durch Volksentscheide und Volksbegehren auf Bundesebene“, sagt Sieling. „Das stärkt die Demokratie.“ Anderer Meinung ist hingegen die Bremer CDU-Bundestagsabgeordnete Elisabeth Motschmann. Auf kommunaler und Landesebene befürworte ihre Partei Volksentscheide zwar als Ergänzung zur parlamentarisch-repräsentativen Demokratie. „Auf Bundesebene lehnen wir diese bisher jedoch mit Blick auf die Komplexität der Themen bei gleichzeitiger Beschränkung auf Ja/Nein-Alternativen ab“, sagt Motschmann.

Die Frage, wie Mitbestimmung durch das Volk in einer parlamentarischen Demokratie aussehen könnte, beschäftigt Politiker und Wissenschaftler seit Jahrzehnten. Kritiker von Volksentscheiden befürchten, dass politische Themen oft zu komplex seien, als dass der normale Bürger sich so intensiv über sie informieren könnte, wie es für eine fundierte Entscheidung nötig wäre. Der Mainzer Politikprofessor Jürgen Falter sieht zudem die Gefahr, dass direkte Demokratie „Stimmungsentscheidungen“ bringen könne. So könnten Volksabstimmungen gerade bei emotional besetzten Themen wie Asylgesetzen oder Strafen für Kindesmissbrauch zu Ergebnissen führen, die den größten Befürwortern der direkten Demokratie, der SPD und den Grünen etwa, überhaupt nicht passten und von Extremisten genutzt werden könnten.

„Diese Gefahr kann ich nicht ausschließen“, sagt Tim Weber vom Verein „Mehr Demokratie“. „Ich glaube aber, dass das Parlament genau so häufig Entscheidungen trifft, die für mich negativ sind, wie es bundesweite Volksentscheide täten.“ Außerdem sei die direkte Demokratie ohnehin nur als Ergänzung zur parlamentarischen Demokratie möglich.

Untersuchungen in Ländern wie der Schweiz und den USA hätten ergeben, dass Bürger eine Entscheidung leichter akzeptierten, wenn sie sie theoretisch hätten mit treffen können, sagt Weber. So waren auch jene Menschen mit den Ergebnissen von Volksentscheiden zufrieden, die nicht mitgestimmt hatten. Vor allem wenn es um Fragen geht, welche Kompetenzen die Europäische Union gegenüber nationalen Regierungen haben sollte, hält Weber direkte Demokratie für ein wichtiges Instrument, um die Bürger in Entscheidungen einzubeziehen. Kommentar Seite 2

## STUTT GART

### Finanzierung des Bahnhofs

Die Baden-Württemberger entschieden 2011, dass ihre Landesregierung sich finanziell weiterhin am Tiefbahnhof Stuttgart 21 beteiligen sollte. Rund 48,3 Prozent der Bürger stimmten darüber ab. Davon waren 41,1 Prozent für den Ausstieg aus dem Projekt, 58,9 Prozent wollten, dass weitergebaut wird. In den Städten Stuttgart und Ulm, die direkt vom Bahnprojekt betroffen waren, stimmten die meisten Menschen dafür, dass die Landesregierung den Bahnhof weiterfinanzieren sollte.

## HAMBURG

### Netzzrückkauf

In Hamburg wurde im September 2013 per Volksentscheid darüber abgestimmt, ob die Stadt die Energienetze von den Betreibern Eon und Vattenfall zurückkaufen sollte. Das Ergebnis war denkbar knapp: Die Befürworter des Rückkaufs kamen auf 50,9 Prozent, die Gegner auf 49,1 Prozent. An der Abstimmung beteiligten sich 64 Prozent der Wahlberechtigten. Bürgermeister Olaf Scholz sowie CDU, FDP, Wirtschaftsverbände und Betriebsräte von Vattenfall waren gegen die Initiative gewesen.

## OTTERSBERG

### Heizkraftwerksbau

Die Bürger von Ottersberg durften darüber abstimmen, ob in ihrem Ort ein Biomasse-Heizkraftwerk gebaut werden sollte. Bei der Bürgerbefragung am 20. Januar entschieden sich 52,2 Prozent der Teilnehmer gegen den Kraftwerksbau – bei einer Beteiligung von 59,9 Prozent. Zunächst schien es, als würde das Kraftwerk trotzdem gebaut werden, denn der Stadtrat ignorierte das Bürgervotum und stimmte mit 25 von 28 Mitgliedern für das Projekt. Am Ende zog sich der Investor selbst zurück.